

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1921**

58 (28.2.1921) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenchrift „Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Verlag: Schriftleitung und Verlagsstelle, Mittelstraße 1.  
Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe, Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Brühlstraße 65/66, Telefon-Nr. 1110 und 1111.  
Für unvollständige Konzepte oder Druckfehler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn vorher besprochen ist.

Verleger: Hermann v. Lutz, Verantwortlich für Politik: Martin Gollmaier; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für Kunstteil: Hermann Reich; für Interieur: Heinrich Gollmaier. Druck und Verlag: C. S. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe, Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Brühlstraße 65/66, Telefon-Nr. 1110 und 1111.  
Für unvollständige Konzepte oder Druckfehler übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn vorher besprochen ist.

118. Jahrg. Nr. 58.

Montag, den 28. Februar 1921

Erstes Blatt.

## Deutschlands entscheidende Schicksalsstunde.

Unheilvolle, schwärzere Gemitterwolken stehen am politischen Himmel Deutschlands! Wird sich das drohende Unwetter wieder verzehren, ohne schweren Schaden anrichten zu haben oder werden niederzuckende Blitze dem deutschen Volke Tod und Vernichtung bereiten?

Was in den letzten Tagen die Politiker des In- und Auslandes besonders interessierte, was heute noch im Vordergrund allgemeiner Beobachtung und Erwartung steht, dürfte erst die Ereignisse der Londoner Konferenz entscheiden, die den letzten entscheidenden Aufstoß zwischen Deutschland und seinen erbitterten Gegnern England und Frankreich bezüglich der Erfüllung der Bedingungen des Versailler Friedens bilden werden. Wird Deutschlands Entgegenkommen in den Grenzen des Erfüllbaren von den Gegnern anerkannt, oder wird man in blinder Eitelkeit den Bogen zu überspannen versuchen, ohne Rücksicht auf die unausbleiblichen Rückschläge, auf die schweren Folgen, die das Wirtschaftslieben von ganz Europa bedrohen?

Daher, grau und inhaftig sind die Tage, die uns bevorstehen, und jeder Deutsche, der es mit seinem Vaterlande gut meint und um dessen Zukunft besorgt ist, verfolgt mit Spannung die Nachrichten, die aus dem Auslande zu uns kommen und die sich um die Londoner Konferenz drehen. Was wird ihr Ergebnis sein?

Dah es um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reiches geht, darüber ließ der Reichsaußenminister Dr. Simons bei seinem kürzlichen Besuch in Süddeutschland keinen Zweifel, und wenn bisher der blühende Ernst der Lage noch nicht so ganz zum Bewusstsein gekommen war, dem lag jetzt klar vor Augen, wozu die unerbittliche Nachdruck der Gegner Deutschland zu treiben vermag. Das deutsche Volk steht an einem ungeheuren Abgrund, der sich vor ihm aufgetan hat, in dem es zu versinken droht, wenn die Feinde ihre maßlosen Forderungen aufrecht erhalten. Sie glauben dies tun zu müssen, um ihrer eigenen, hart mitgenommenen Wirtschaftslage wieder aufzuhelfen, in die auch England und Frankreich trotz des für sie „Siegreichen“ Ausgangs des Krieges geraten sind, mit der sie schwer zu kämpfen haben und deren Befestigung sie vor die Lösung schweriger Probleme stellt. Um diesem Dilemma im eigenen Lande besser zu begegnen mit dem etwas unsicheren Versprechen auf Besserung, glauben nun die englischen und französischen Politiker, an der Spitze Lloyd George und Briand, einen Ausweg darin gefunden zu haben, daß sie an Deutschlands Wirtschaftslieben einen Aderlaß vornehmen wollen, an dem es unbedingt verlustlos sein muß. Man glaubt sich nicht, offen in alle Welt hinaus zu rufen, daß man selbst vor den ungebürlichen Auswirkungen eines solchen Vorgehens nicht zurücktreten werde, die nicht ausbleiben dürften, wenn sinnlose Nachhut und blöder Unverstand es beabsichtigten, ein Volk von 60 Millionen zu töten zu martern.

Die verbündete Politik der Gegner ist, ihr Vorgehen unbedingt und rücksichtslos durchzuführen, darüber gab der Reichsaußenminister Dr. Simons bei seinem Aufenthalt in Karlsruhe die für uns die ganze Situation so recht bezeichnende Auskunft, daß man geradezu an ein Wunder glauben müsse, wenn in letzter Stunde in der Gemütskur der Gegner ein derartiger Umschwung eintrete, daß die Londoner Konferenz ein Resultat zeitige, das für Deutschland annehmbare Bedingungen ergebe.

Es ist fürwahr kein leichter Gang, der Dr. Simons bevorsteht, und deshalb war es auch Pflicht des Reichsaußenministers, die öffentliche Meinung über den Ernst der Lage nicht im Unklaren zu lassen, die es doppelt erforderlich macht, daß das Reich, der Norden geschlossen mit dem Süden, hinter dem verantwortlichen Lenker unserer auswärtigen Politik steht. Wie man in ganz Süddeutschland die Sachlage aufgefaßt hat, das konnte Dr. Simons bei seinem jüngsten Besuche feststellen. In feierlicher Stunde haben die einzelnen Länder Süddeutschlands durch ihre Bevollmächtigten erklärt: Wiedergründung in den Grenzen des Möglichen und Erfüllbaren, aber ein entschiedenes Nein gegenüber Forderungen und Verschlägen, die die Existenz Deutschlands bedrohen und vernichten! Süddeutschland wird sich in das Unvermeidliche schicken, es wird Treue halten auch in schweren Stunden! Was in diesen wenigen, aber inhaltreichen Worten enthalten ist, weiß jeder zu beurteilen, der die ganze Tragweite überblickt. Möge das Schicksal unserem Vaterlande erspart bleiben, sollte aber das Unvermeidliche eintreten, so werden wir die Treue uns selbst und dem Reiche halten!

Das Echo, das die Rede Dr. Simons in Karlsruhe im feindlichen Auslande gefunden hat, ist anerkennend. Daß die Kritik keine günstige ist, ist selbstverständlich. So erklären englische Blätter die feste Haltung Deutschlands als Anmaßung, die französische Presse findet natürlich noch kräftigere Töne und empfiehlt die sofortige Anwendung von Gewaltmaßnahmen, um Deutschlands Trotz zu brechen. Wie peinlich in England und Frankreich Dr. Simons' Rede nach Süddeutschland berührt hat, wobei die einzelnen Länder über ihre Haltung zum Reiche keinen Zweifel ließen und erklärten, daß sie niemals dulden, wollte man am Reiche rütteln und

seine Einheit antasten, sieht man in der starken Kommentierung der einzelnen Reden Dr. Simons. Man findet es eben unbegreiflich, daß das bisher so nachgiebige Deutschland den Mut gefunden hat, den maßlosen Forderungen seiner Gegner ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen. Bei der Konferenz in London wird Deutschland versuchen, in genau durchdachten Darstellungen und Ausführungen über unsere Wirtschaftslage bis an die äußerste Grenze der Zahlungsmög-

lichkeiten zu gehen; darüber hinaus zu gehen, wäre Selbstmord und unverantwortlich gehalten von dem Vertreter der deutschen Interessen. Es ist für uns unbedingte Notwendigkeit, unüberwindlichen Forderungen, die nur unsern Ruin nach sich ziehen könnten, Verstand und Vernunft entgegenzusetzen, die uns gebieten, uns nicht selbst das Grab zu schaufeln. Denn so kann und darf es in unserer Wirtschaftspolitik nicht weiter gehen, die eines schönen Tages mit

logischer Konsequenz in einer Katastrophensituation enden muß. Einmal muß es heißen: Bis hierher, und nicht weiter!

Es ist kein frivolcs Spiel, wie die Gegner die entschiedene Haltung des deutschen Volkes auslegen, wenn es sich schon seinem Vertreter auf der Londoner Konferenz seine Direktiven bezieht, sondern bittere Notwendigkeit, einströmen aus der tatsächlichen Lage. Es ist der letzte Kampf eines Selbstvolkes, das trotz seines tiefen Falles, seiner Armut im Innern und seiner Ohnmacht nach außen sein einziges Bestreben und teures Gut, seine nationale Ehre verteidigt und um seine Existenz ringt. Mag es die Gegner gelassen, über uns zu frohlocken, das letzte Wort werden nicht sie zu sprechen haben. Denn sollten sie wirklich an der Erfüllung ihrer unsinnigen, jeder Vernunft entbehrenden Bedingungen festhalten — die Erfüllung dürfen wir immerhin nicht aufgeben, doch es nicht soweit kommt — so würde, darüber sind wir uns völlig klar, namenloses Elend über das deutsche Volk hereinbrechen auf Zeiten, die heute noch nicht zu übersehen sind. Aber Deutschland würde nicht allein unter dem Wahnsinn verblendeter Staatsmänner zu leiden haben, denn das Unglück würde an seinen natürlichen Grenzen sich nicht halt gebieten lassen, würde nicht Halt machen, sondern das Wirtschaftslieben von ganz Europa und seine Kultur würden in ihren Grundfesten erschüttert werden. Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet scheint auch Lloyd George nach den letzten Meldungen über seine Bemerkungen im englischen Unterhause nicht gewillt zu sein, dem sinnlosen Drängen der Franzosen so ohne weiteres nachzugeben, denn es müßte erst bewiesen werden, ehe man zu Zwangsmaßnahmen greife, daß die Haltung Deutschlands nicht hervorgehoben werde durch die Unmöglichkeit, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

Wenn auch dem Manifest der englischen Arbeiterpartei, die sich für eine Revision des Versailler Vertrages ausspricht, keine allzu große Bedeutung beigemessen werden kann, so kommt es in der gegenwärtigen Stunde den englischen Politikern doch äußerst ungelogen und vergrübelt die Verlegenheit, in die sie schon durch die Rundgebung Süddeutschlands gekommen sind. Bemerkenswert ist auch die zurückhaltende Stellung Amerikas, das sich bis heute noch nicht dazu entschlossen hat, auf die Londoner Konferenz einen Vertreter zu senden, ja geradezu eine Teilnahme daran abzulehnt. Es wäre zu wünschen, daß sich Amerika nicht darauf beschränkt, bei dem bevorstehenden Trauerspiel nur den Zuschauer zu spielen, sondern daß es versucht, bei seinen Alliierten eine für Deutschland etwas entgegenkommende Haltung anzubahnen. So gering diese Hoffnung ist, so wäre wenigstens einigermaßen Aussicht auf Verständigung gegeben. Gegen eine günstige Lösung spricht die geschlossene Front der hohlerfüllten Franzosen, die Deutschlands Vernichtung beschließen haben. Möge ihr gegenüber die deutsche Front nicht wanken und mutig in dem auch ungleichen Kampfe bestehen, egebend der Seiten, als Deutschlands Selbsthöhe mit ihrem Blut und Leben in Not und Tod die Feinde vom heimischen Herde abwehren! M. V.

## Die Vorbereitungen für die Londoner Konferenz.

### Burgfrieden.

H. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt: Nach der Abreise der deutschen Delegation unter Führung Dr. Simons muß jetzt innerpolitische Burgfrieden herrschen. Grundsätzlich haben alle Parteien dieser notwendigen nationalen Pflicht nicht verschlossen und Dr. Stresemann hat die Tatsache nur noch vor der Öffentlichkeit zu betonen brauchen. Für den jungen deutschen Parlamentarismus ist es freilich schwerer als für die seit Jahrzehnten national gesegneten Demokratien des Westens, den Parteigegensatz und die Parteipolitik auch in kritischen Zeiten abzuschleifen. So vernachlässigen wir besonders von den beiden augenblicklich maßgebenden Parteien, nämlich der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei eine gar zu geschilderte Proklamierung ihrer Gegensätzlichkeit. Jede von beiden verbindet in Preußen wie im Reich die andere, in einer freien Regierungskoalition zusammenzuarbeiten. In Wirklichkeit handelt es sich nur um eine politische Preistreibeinheit in der Kongression, die jede für den Fall ihres Eintritts in das preussische oder Reichskabinett zu erhalten wünscht.

Die Deutsche Volkspartei, für die Dr. Stresemann schon längst den grundsätzlichen Widerstand gegen eine Kompromißkoalition mit der Sozialdemokratischen Partei aufgegeben hat, verlangt vor allem in Preußen die Besetzung der maßgebenden Ministerien, darunter in erster Linie des Landwirtschaftsministeriums, mit nicht sozialdemokratischen Fachministern, während von sozialdemokratischer Seite endgültige Garantien gegen die nach ihrer Meinung drohende Trübschicksal verlangt werden oder, wie von Scheidemann, überhaupt jede Gemeinschaft mit der kapitalistischen Partei abgelehnt wird. Erschwert wird die Situation durch die Regierungsbahnbrüche der Deutsch-Nationalen Volkspartei in Preußen, die bekanntlich selbst der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf ihre bisherige Regierungstätigkeit im Reich in oft sehr ungeschöner Polemik vorgeworfen hat, während die neuesten Berichtigungen bei den Kommunisten auf die Gesamtlage erleichternd wirken, da dadurch die Grundierung auch bei der radikalen Arbeiterpartei zurechnen kann. Am meisten im Hintergrund hält sich das Zentrum, das nach beiden Seiten Möglichkeiten und Traditionen hat. Die wird es mit tatkräftiger Unterstützung auch ausüben und, wie es heißt, werden die Strategen der Partei nur auf den Verkauf der Londoner Konferenz warten, um die Kabinettsbildung im Reich wie in Preußen, soweit es an ihnen liegt, zu beschleunigen.

### Die Abreise der deutschen Delegation.

Berlin, 27. Febr. (Wolff). Reichsaußenminister Dr. Simons hat sich mit den Mitgliedern der deutschen Delegation heute mittags im Sonderzuge nach London begeben. Die Abfahrt erfolgte vom Potsdamer Bahnhof. Zur Verabschiedung war Reichsanwalt Fehrenbach am Bahnhof erschienen, wo er mit dem Minister des Auswärtigen in einem längeren Gespräch verweilte. Unter den Vertretern der Regierung befanden sich die Staatssekretäre Albert und v. Haniel sowie eine Reihe Beamter der Reichsanleihe, des Auswärtigen Amtes und der übrigen Ministerien. Die Zusammenkunft der Delegation wurde bereits mitgeteilt und ist unverändert geblieben.

### Ankunft des Berliner englischen Gesandten in London.

(Eigener Drahtbericht.) London, 28. Febr. Der englische Gesandte aus Berlin ist bereits hier eingetroffen. Er wird während der Konferenz als Sachverständiger für deutsche Angelegenheiten der englischen Regierung zur Seite stehen. Die erste Sitzung mit der deutschen Abordnung soll am Mittwoch vormittags halb 12 Uhr beginnen.

v. Galais, 28. Febr. Die serbische, die finnische und die polnische Abordnung sind in London angekommen, wo sie an den Arbeiten der Konferenz teilnehmen werden.

## Nitti's gesunde Auffassung.

(Eigener Drahtbericht.) Rom, 28. Febr. Der frühere Ministerpräsident Nitti verspottet in einem Artikel die Illusion der Alliierten, die Erfolge für sämtliche Kriegsschäden von Deutschland erwarten zu können. Für Nitti ist ein Europa unentbehrlich, in dem die Sieger große Heere und Flotten halten, während das entwaffnete Deutschland für sie arbeiten muß. Das Schlimme, Deutschland in Waren zahlen zu lassen, und der 12prozentige Aufschlag auf den Export seien doppelt unnützig und auch für die Sieger schädlich.

### Nur geringe Aussichten für einen Ausgleich.

London, 27. Febr. (Wolff). Zu der bevorstehenden Reparationskonferenz schreibt „The New Statesman“ u. a., die Aussichten für einen Ausgleich seien nur gering. Es sei unmöglich, daß Deutschland das Pariser Reparationsabkommen annehme. Briand wiederum könne kaum einen Schritt nachgeben, ohne sich bei seiner Rückkehr nach Paris einer schweren Niederlage in der Kammer aussetzen. Lloyd George sei der einzige der führenden Unterhändler, der soziales freie Land habe, und viel hängt davon ab, was er tun könne, um eine Formel zu finden, die den verhängnisvollen Abbruch der Verhandlungen verhindern. Kein Mensch verheße besser als Lloyd George, eine Friedensformel zu finden, wenn er eben wolle, was augenblicklich ungewissheit der Fall ist. Aber die Schwierigkeiten scheinen fast unüberwindlich, denn es ist kein Geheimnis, daß eine sehr starke Partei, vielleicht die härteste in Frankreich, einen Misserfolg der Reparationskonferenz wünsche, damit sofort die Sanktionen in Kraft gesetzt werden könnten. Es heiße, die französische Armee sei marschbereit, um das Hauptindustriegebiet Deutschlands zu besetzen und den wirtschaftlichen Ruin der deutschen Industrie zu vervollständigen. Um diese Katastrophe zu verhindern, werde Lloyd George wahrscheinlich gezwungen sein, deutlich zu machen, daß eine solche Aktion zu dem endgültigen Bruch der französisch-britischen Beziehungen führen würde.

### Im Dunkeln.

London, 27. Febr. (Wolff). Die bevorstehende Reparationskonferenz beschäftigt in hohem Maße die Abendpresse. „Evening Standard“, „Pall Mall Gazette“ und „Globe“ veröffentlichen ausführliche Berichte über die angelegentlich deutschen Gegenanschläge. „Evening Standard“ will von maßgebender Seite erfahren haben, daß Deutschland eine Reparationssumme von 150 Milliarden Goldmark, verteilt auf dreißig Jahre, anbieten werde. Die Zahlung soll durch ein internationales Produktions- und Verkaufsfondus erfolgen, das die Rohstoffe kontrollieren und die Verteilung der Produkte anordnen soll. Dieser Plan werde von Stinnes und Rathenau unterstützt.

Der „Evening Standard“ schreibt in seinem Leitartikel: „Die nächste Woche verspricht eine Woche voll erheitert Aussehens. Es werden, die die unmittelbare Zukunft Europas in seinem Lebensenergie berühren. Wenn Simons und Deutschland den Blick bis zum bitteren Ende spielen und die finanziellen Forderungen der Alliierten ablehnen, was wird dann unser Kurs sein? Werden wir dann zu einem Einmarsch in deutsches Gebiet übergehen und zu anderen Maßnahmen, um unsere Forderungen zu erzwingen? Die Alliierten sollen, wie verlautet, eine gemeinsame Politik für die Möglichkeit verabreden haben. Briand gab eine Erklärung über die militärischen Schritte, die vielleicht unternommen werden, und es wurde gemeldet, daß französische Truppen bereit seien, einzugreifen. Es würde töricht sein, zu denken, daß diese Maßnahmen dem britischen Publikum angenehm sein würden, wenn sie nicht durch und durch gerechtfertigt sind. Und darin liegt die erste Bedeutung der Zusammenkunft in der nächsten Woche für die Alliierten. Solange Frankreich und England zusammenhalten, ist der Ausblick gut. Es darf daher nicht eine englische und auch nicht eine französische Politik erzwungen werden, sondern eine alliierte Politik. Wenn England, das Frankreich die äußersten Beweise von Freundschaft gab und auch die besonderen Bedürfnisse anerkennt, Frankreich nicht einfach auffordert, den englischen Standpunkt anzunehmen, müßte Frankreich andererseits die gleiche Haltung an den Tag legen. Die Lösung der Frage ist schwierig. Wenn sie falsch gelöst wird, kann die geschaffene Lage noch schlimmer werden.“

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 6 Seiten.

Partei angehörigen Elemente nun die Absicht, das zu erzwingen, was ihnen die Wahlen verweigert haben.

Glaubt der „Vorwärts“ wirklich, daß die Putschisten angesichts der Londoner Konferenz, die alle Nerven des Volkes spannt, um ein kleinliches Parteiziel wackeln wollen? Für so unüberlegt sollte man die Leute doch nicht halten.

Diese Erklärung entspricht tatsächlich der herrschenden Stimmung in extrempolitischen Kreisen angesichts der Londoner Konferenz. Zunächst stehen die Nationalisten und zuletzt stehen die Kommunisten auf der Reichswehr und auf die „grüne Polizei“ Einfluß gewinnen, um eine Umsturzbewegung ins Werk zu setzen.

Die Erklärung entspricht tatsächlich der herrschenden Stimmung in extrempolitischen Kreisen angesichts der Londoner Konferenz. Zunächst stehen die Nationalisten und zuletzt stehen die Kommunisten auf der Reichswehr und auf die „grüne Polizei“ Einfluß gewinnen, um eine Umsturzbewegung ins Werk zu setzen.

Die Sonderbesprechungen in Chequers.

Lloyd George und Briand.

Chequers, 28. Febr. (Paris.) Lloyd George und Briand benutzten die Gelegenheit zur Verhandlung der großen Fragen, die auf der Konferenz zur Sprache kommen sollen.

London, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Lloyd George und Briand hatten hauptsächlich die Zwangsmassnahmen, auf die Deutschland in dieser Woche keine Einigung erzielt wird, nochmals besprochen.

Theater und Musik.

Das Landestheater. Wie anderwärts schon seit Jahren hat man nun auch hier Gustav Freytag's „Journalisten“ in ein ungefähres historisches Kostüm gehüllt.

Badisches Landestheater. Mitteilung der Intendantin: Wie schon erwähnt, wird Mozart's „Entführung aus dem Serail“ am Dienstag den 1. März un-

Die Orientkonferenz.

Kurdistan und Armenien.

London, 27. Febr. (Wolff.) Das offizielle Communiqué über die Sitzung der Konferenz, die am Nachmittag unter dem Vorsitz Lord Curzon's im Foreign Office stattfand, lautet:

Bezüglich Kurdistan's und Armeniens erklärte Bekir Sami Bey, die Kurden, die bereits in weitem Maße in der Nationalversammlung von Angora vertreten seien, beäugelten weitgehende lokale Autonomie, ihre vollständige Unabhängigkeit sei unerwünscht.

Die türkische Delegation erklärte, daß die von den Kemalisten beherrschten Städte Kar's und Alezandropol durch den türkisch-armenischen Vertrag vom November 1920 der Türkei zugesprochen worden seien.

Französische und englische Forderungen an Griechenland.

Paris, 27. Febr. Wie die Blätter aus Athen melden, hat der französische Gesandte dem Ministerium des Aeußeren eine Note überreicht, in der von Griechenland die Bezahlung von 412 Millionen verlangt wird.

Die Verfassung von Kateropolos.

London, 27. Febr. (Wolff.) Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt: Vom britischen Standpunkt aus nahm die Orientkonferenz zwischen den Alliierten und Griechenland sowie der Türkei keineswegs einen glücklichen Verlauf.

Der Sonderberichterstatter des Blattes fand den griechischen Ministerpräsidenten nach der gestrigen Sitzung der Konferenz in einem Zimmer im Zustande tiefer Erregung. Kateropolos erklärte, er hätte kein ganzes Vermögen gewettet, daß ein solches Ergebnis wie dieses niemals möglich sein könnte.

daß er sich weigere, die Bedingung, unter der die Interalliierte Kommission vorgeschlagen werde, anzunehmen.

Sitz des Völkerbundes in Lyon.

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 28. Febr. Der „Progres“ bringt die Nachricht: Der Völkerbundsrat hat die Verlegung des Völkerbundes nach Brüssel verworfen.

Paris, 27. Febr. (Wolff.) Der Völkerbundrat hat einen provisorischen Ausschuss für die Entwaffnung eingesetzt.

Teheran.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 28. Febr. In einem Telegramm aus Teheran wird gemeldet, daß der Kommandant der britischen Truppen in Teheran, Major Rifa Khan, erklärt habe, daß er Engländer freundlich sei und die Kommunisten aus Persien vertreiben wolle.

Aufmarsch der Oberschlesier.

(Eigener Bericht.)

Nur kurze Zeit trennt uns von jenem Tage, an dem über die für uns lebenswichtige Frage entschieden werden soll: bleibt Oberschlesien deutsch, oder wird es polnisch?

Die Feier wurde eingeleitet durch stimmungsvolle Chöre der „Tupparahia“. Fröhlich und stolz marschierte in einem selbstverfaßten Prolog Oberschlesien Reich und Schönheit.

zu stimmen, daß Oberschlesien beim Deutschen Reich bleibt; in einem Flugblatt der letzteren Partei heißt es: „Oberschlesische Arbeiter stimmt deutsch ab, denn sonst geht Oberschlesien an den polnischen Imperialismus verloren.“

Dr. Schindler, der der sehr stark besuchten Versammlung Grüße aus Sachsen und aus der Heimat überbrachte, erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Der Nachmittag bot den Abstimmungsberechtigten im oberen Saal eine musikalisch-deklamatorische Unterhaltung, der ein reichhaltiges Programm zugrunde lag.

Ergebnis des Wahlergebnisses.

Dhpen, 27. Febr. (Wolff.) Die Interalliierte Kommission hat weitere Bestimmungen über die am 20. März stattfindende Abstimmung in Oberschlesien als Ergänzung zu dem am 31. Dezember veröffentlichten Wahlergebnis herausgegeben.

der musikalischen Leitung von Oberdirektor Corolezzi wieder in den Spielplan aufgenommen. Die fünfte Vertikale hat Kommerzienrat Duffard inne.

Am Sonntag den 6. März wird Mozart's „Zauberflöte“ in der Reminiszenz wiederholt. Die Ausgestaltung an Kostümen ist unterdessen vollständig worden.

Franzfurter Opern u. s. w.

Die Franzfurter Oper unternahm einen interessanten Versuch mit der Wiederbelebung eines Verkes von Donizetti. Das Experiment glückte, und „Don Pasquale“ wandelt in seiner toskanischen Gestalt wieder auf den Brettern.

den intimen Charakter der Opera buffa bildmäßig und darstellerisch, und der erfindungsreiche, mit Silbgeschick begabte Walter Ludwig Stever hatte reizvolle, einfach geformte Entwürfe geschaffen.

Berliner Theater. Schillers „Parasit. Unser Berliner Schauspielereferent schreibt: Konnte wirklich ein Theatertriklus länger als dreißig Jahre sein Amt versehen, und gibt es ein Stück von Friedrich Schiller, das er nie bisher auf der Bühne gesehen hat.

fest (als malte Folie seiner eigenwüchsigen „Deutschen Kleinräder“). Nun, dem Zehntel oder Hundertstel Schiller dankt es der „Parasit“, daß er jetzt aus der ewigen Ruhe seiner Selbstenneinigkeit aufgewacht und vom Neuen Volks-theater ausgeführt wurde.

des Ortes beantragt werden, in dem abgestimmt wird. Die Passierscheine gelten gleichzeitig als Wahlkarten. Die Personen der Kategorie A und C erhalten den Passierschein vom paritätischen Ausschuss ihres Abstammungsortes. Die Personen der Kategorie D erhalten einen ähnlichen Passierschein und jene der Kategorie D erhalten denselben Passierschein, den aber der paritätische Ausschuss des Ortes, in dem sie eingetragen sind, ausstellt. Personen, deren Gesundheitszustand Begleitung erfordert, erhalten auch für den Begleiter einen Passierschein. Sämtliche Passierscheine brauchen nicht das Visum des konsularischen Konsulats zu haben.

Die Abstimmung erfolgt mit einem Stimmzettel aus weißem Papier und schwarzem Druck. Die Zettel, Umschläge und Urnen liefert die Regierungskommission. Ungültig sind Stimmzettel, die nicht das vorgeschriebene Muster haben, Stimmzettel mit Bemerkungen, Zusätzen oder Streichungen, Stimmzettel ohne Aufschrift, Stimmzettel in unvorhersagbarer Umschlagart sowie solche, die ohne Umschlag gefunden werden. Jeder Umschlag darf nur einen Stimmzettel enthalten. Falls über die Gültigkeit der Stimmzettel keine Einigkeit im Wahlbüro erzielt wird, gelten sämtliche Zettel als angefallen, wodurch ihre Berechnung ausgeschlossen ist. Die Entscheidung liegt bei dem Interalliierten Büro, das über die fraglichen Fälle entscheidet und die angefallenen Stimmzettel feststellt.

Die endgültigen Ergebnisse der Abstimmung und der Gesamtbericht des Interalliierten Büros gehen dann an die Regierungskommission. Die Regierungskommission entscheidet in letzter Instanz über die Gültigkeit und bestetigt das Ergebnis. Wo es angeht, wird, findet an einem noch zu bestimmenden Tage ein zweiter Wahlgang statt.

**Der Generalappell.**

Frankfurt a. M., 27. Febr. (Wolff.) Die im Reichsbund wohnenden abstammungsberechtigten Ober- und mittleren Klassen in allen größeren städtischen Landgemeinden, die eine Generalversammlung für die Abstimmung am 20. März sein sollen. In Frankfurt tagte die Landesgruppe Südhessen und Nassau. Wie hier mitgeteilt wurde, nehmen die Sonderfahrten aus Westdeutschland am 9. März in Frankfurt ihren Anfang. Die Kosten der Bewirtung in Frankfurt wie auch in den anderen Städten trägt ein ungenannter Deutschamerikaner, der auch die Fahrtkosten der auswärtigen Teilnehmer nach allen Orten bezahlt.

**Deutsches Reich.**

**Der neue Schulschutz in Bayern.**

In der Freitag-Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtages wurde die Regierungsvorlage über den neuen Schulschutz in Bayern mit 19 gegen 9 Stimmen angenommen. Der bayerische Kultusminister Dr. Matt erklärte hierzu, daß Bayern mit seiner Anweisung zu einer eventuellen Prüfung der Frage des Schulschutzes mehr bei der Reichsregierung noch bei den Landesregierungen irgend eine Gegenliebe gefunden habe. Der Minister wies auf die triftigen Gründe hin, die für den Schulschutz für alle Schulgemeinden in allen Ländern sprechen, und bemerkte, daß Bayern jetzt nichts anderes übrig bleibe, nachdem alle süddeutschen Staaten für den Schulschutz einstimmig eingetreten seien. Der Schulschutz soll am Anfang Mai verlegt werden.

**Schon den Mantelwurf!**

Die sächsische Regierung hat, wie uns unser Dresdener G. Korrespondent mitteilt, beschloffen, einen Mantelwurf zum Schutze des Mantelwurfs im Landtage einzubringen.

**Badische Politik.**

**Der Weinheimer Kommunalonkult.**

Unser Weinheimer a-Mitarbeiter berichtet: Zu Beginn der am Freitagabend abgehaltenen Sitzung des Bürgerausschusses erklärten die Vorsitzender der beiden sozialistischen Fraktionen, daß deren Opposition in abgemildeter Form aufrechterhalten wird, bis der Bezirksrat über die Dienstentlassung der drei Gemeinderäte Wähler, Schwei und Müller entschieden haben wird. Um die Wähler der Verwaltungsbehörde nicht zu verlieren, wollen die beiden Fraktionen an den wichtigsten Vorlagen zwar mitarbeiten, behalten sich aber vor, von Fall zu Fall diese Punkte selbst zu bestimmen. Infolge dieser Erklärung wurden von den 14 Punkten der Tagesordnung 8 abgelehnt. Unter anderem beschloß der Bürgerausschuss die Aufnahme eines Mitglieds bei der Bürgergarde für Gemeinde- und Betriebsbeamte in Höhe von 1 Million zum Ende von 4½ Prozent. Ein Antrag des Gemeinderates auf Erhöhung der Feuerungsgebühren und Löhne sowie Gehälter wurde zum Beschluß erhoben. Die Bildung eines Steuerausschusses wurde nach den Vorschlägen der einzelnen Fraktionen vorgenommen. Zuletzt befahte man sich in längerer, erregter Debatte mit dem Antrag des Gemeinderates auf Besteuerung des sogenannten Freiteils des Einkommens durch die Gemeinden nach § 30 des Landessteuergesetzes, rückwirkend auf den 1. April 1920. Nach dem Vorschlag des Gemeinderates sollte der Beitrag der Alleinstehenden schon bei einem Einkommen von 8000 Mark und der Verheirateten bei einem Einkommen von mehr als 13000 Mark beginnen. Dann wurde der Antrag der Steuerbehörden auf Erhöhung des Beitrags der Steuerzuschussweise 600000 Mark bringen. Es wurde indessen der sozialistische Änderungsantrag mit 23 gegen 17 Stimmen genehmigt, wonach der Beitrag der Alleinstehenden erst bei 15000 Mark Einkommen und der Beitrag der Verheirateten ohne Kinder bei 18000 Mark und mit Kindern bei 20000 Mark Einkommen beginnt. Dadurch verringert sich der Steuerertrag schätzungsweise auf 200000 bis 250000 Mark.

**Aus Baden.**

**Marktpreis und Preisstreiterei.**

In der letzten Zeit wurde verschiedentlich in der Presse ein Urteil des Wuchergerichts beim Landgericht III in Berlin besprochen und daraus für künftige Entscheidungen der Schluss gezogen,

es werde keine Preisstreiterei als vorliegend betrachtet, wenn der reguläre Marktpreis oder Tagespreis beim Abfall einer Ware an den Verbraucher eingehalten worden sei. Dieser Schluss ist, wie uns von unterrichteter Seite geschrieben wird, nicht zutreffend. Der Angeklagte hat sich in dem erwähnten Falle auf die besonders hohen Gestehungskosten seiner Ware berufen, und geltend gemacht, daß sein Preis den Tagespreis nicht überschritten habe. Das Wuchergericht hat zwar den vorgebrachten Gründen des Angeklagten Rechnung getragen, jedoch nicht erklärt, welchem der Verteidigungsgründe es ausschlaggebenden Wert beigemessen hat.

Auch die vielfach laut gewordene Behauptung, das Reichsgericht lege seinen Entscheidungen die Tagespreise zugrunde, da es bei allen Posten der Kalkulation eine Berücksichtigung der Geldentwertung zulasse, ist unrichtig. Das Reichsgericht hat es ausdrücklich abgelehnt, die Anpassung der Verkaufspreise an die Marktlage schlichthin zuzulassen. Auch hat das Reichsgericht nicht die Berücksichtigung der Geldentwertung bei allen Posten der Kalkulation namentlich nicht bei den Einkaufspreisen gebilligt, so daß sie nur für die Risikoprämie, den Unternehmerlohn und Unternehmergewinn gestattet.

In einem andern Fall hat das Reichsgericht erklärt, daß Kettenhandel dann nicht vorliegt, wenn der Preis, den der Verbraucher zu zahlen habe, den Verkehrswert der Ware nicht übersteige oder sogar noch hinter diesem zurückbleibe. Aus diesem Urteil hat man schließen wollen, das Reichsgericht anerkenne den Verkehrswert für den Kaufpreis des Kettenhandels und damit auch den Marktpreis, übersteigt aber dabei, daß im gleichen Urteil die Notwendigkeit betont wurde, zu prüfen, ob nicht jeder einzelne, am Kettenhandel beteiligte einen übermäßigen Gewinn erzielt habe, wenn auch der Endpreis den Verkehrswert der Ware nicht übersteigt; mit andern Worten, daß trotz Einhaltung des Marktpreises Preisstreiterei vorliegen kann.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß die bisher zum Beweis für die gerichtliche Anerkennung des Marktpreises angeführten Urteile nicht richtig wiedergegeben oder falsch aufgefaßt worden sind, daß demnach die Rechtsprechung bei der Beurteilung von Fällen von Preisstreiterei bisher den Marktpreis nicht anerkannt hat.

m. Mannheim, 26. Febr. Ein großer Schaden neuer Trag gestern Abend gegen 9 Uhr im hiesigen Industriehafen aus. In der Feuertoffabrik der Firma Theodor Landauer verbrannten vier Holzlager und vier Holzbaracken, in denen Feuertoffe lagerten. Auf dem benachbarten Grundstück eines Zimmermeisters brannte das Holz mit sämtlichen Ästen völlig aus. Ebenso gingen mehrere Holzkapel in Flammen auf. Da das Feuer auf allen Grundstücken gleichzeitig ausbrach, vermutet man Brandstiftung. Der Schaden beträgt über 2 Millionen Mark.

H. Baden-Baden, 27. Febr. Wie schon gemeldet wurde, gehört die Luftschiffhalle auf dem Fluggelände in Dos zu jenen, die aufgrund der Bestimmungen des Friedensvertrages freigestellt werden müssen. Der Stadtrat hat nunmehr Vorschläge dahingehend gemacht, die Halle unzugänglich und für Luftschiffmede unbrauchbar zu machen, sie aber für andere sportliche Zwecke auszunützen. Sollten diese Vorschläge keine Genehmigung finden, wird die Luftschiffhalle auf Abruch veräußert werden. Für städtische Arbeiten und Lieferungen soll eine Änderung im Verdingungswesen für städtische Arbeiten und Lieferungen vorgenommen werden. Die Änderung ist in der Weise gedacht, daß Angebots eingeholt werden, vor deren Eröffnung — aber nach Ablauf der Angebotsfrist — durch das vergebende Amt gemeinsam mit einer Vertretung des beteiligten Gewerbes eine Kostenberechnung aufgestellt wird. Den Zuschlag soll dann in der Regel jenes Angebot erhalten, das dieser Kostenberechnung am nächsten kommt. — Am hiesigen Stadtwald sind durch den außerordentlichen Holzbedarf die Brennholzvorräte fast erschöpft, wodurch eine Erleichterung der Brennstoffversorgung eingeleitet ist. Das Holz, das für den städtischen Bedarf nicht notwendig ist, soll nach auswärts abgegeben werden, aber unter Zulassung der von der Landesbrennstoffstelle zugelandenen höheren Preise. — Der Stadtrat hat bestimmt, daß für die Hilfsärzte des städtischen Krankenhauses die Besetzung nach Gruppe X eingeführt wird. Die Besetzung der Stellen soll künftig ausgeschrieben werden.

W. Weisbach, 27. Febr. Der Zentralverband der Gemeindebeamten Badens hat das Waldhaus Falob auf die Dauer von 6 Jahren als Erholungsheim für seine Mitglieder von der Stadt Konstanz gemietet. Zur Deckung der Unkosten für den Ankauf des Inventars mit 400000 Mark feuern auch die badischen Gemeinden bei.

W. Mühlheim, 27. Febr. Aus der Heilstätte Friedrichsheim bei Randern sollten sieben Patienten als gebellt entlassen werden. Weil sie sich dagegen sträubten, mußte Gendarmerie herbeigerufen werden, worauf die rentierten Leute die Anstalt verließen. — Der über Neuburg von den Franzosen ausgelieferte Doppel-mörder Wagner aus dem Pfälzischen hat seine Tat eingestanden und ist aus dem hiesigen Amtsgefängnis in das Freiburger Untersuchungsgefängnis überführt worden. Den gleichen Gang mußte der Haager Einbrecher Otto Gervanger antreten.

**Aus dem Stadtkreise.**

Leipziger Messebesorgung. Gelegentlich der Leipziger Frühjahrsmesse wird außer den Sonderzügen Oberbunten-Leipzig am 3., 4. und 5. März (Mannheim ab mit D 37 um 5.16 Uhr nach) am Freitag, den 4. März ein Messebesorgung mit 1. und 2. Klasse Basel-Leipzig gefahren. Der Zug verläßt Basel-Badischer Bahnhof um 4.07 Uhr nachm., Freiburg i. B. 5.16 Uhr nachm., Fahr-Dinglingen 6 Uhr, Offenburg 6.27 Uhr, Baden-Dos 7.12 Uhr, Raftait

7.24 Uhr, Karlsruhe 8.00 Uhr, Mannheim 9.30 Uhr und trifft in Leipzig am anderen Tage 8.07 Uhr vormittags ein. — In der Gegenrichtung verkehrt der Zug in folgendem Fahrplan: Leipzig ab Sonntag, den 13. März 9.06 Uhr nachm., Mannheim am 14. März 7.49 Uhr vorm., Karlsruhe 8.54 Uhr, Raftait 9.25 Uhr, Baden-Dos 9.41 Uhr, Offenburg 10.00 Uhr, Dinglingen 10.32 Uhr, Fahr-Dinglingen 11.06 Uhr, Freiburg i. B. 11.51 Uhr, Mühlheim 12.29 Uhr, Basel-Badischer Bahnhof 1.04 Uhr nachm.

Flugpostsendungen. Reisens glauben die Absender von Flugpostsendungen, daß die Sendungen nach Ankunft des Flugzeugs ohne weiteres durch Eilboten abgetragen würden. Die Flugpostsendungen sind aber so niedrig — für Postpakete und Briefe bis 20 Gramm außer der gewöhnlichen Gebühr im Inlandsverkehr 20 Pf., im Auslandsverkehr 40 Pf., — daß damit nicht auch die Eilbestellung bezahlt sein kann; beträgt doch allein schon die Eilbestellgebühr für Briefsendungen, wenn sie vom Absender vorausbezahlt wird, im Ortsbestellbezirk 1 M., im Landbestellbezirk 2 M. Diese Sätze müssen in nächster Zeit zur Deckung der Selbstkosten der Post noch erhöht werden. Es ist deshalb notwendig und kann nur dringend empfohlen werden, bei Auflieferung von Flugpostbriefsendungen, deren beschleunigte Uebermittlung an den Empfänger gewünscht wird, die Eilbestellung zu verlangen und die Eilbestellgebühr im voraus zu entrichten. Dann wird erreicht, daß die Sendungen noch am Tage des Abfluges in die Hände der Empfänger gelangen, während bei Abtragung in gewöhnlicher Weise die Vorteile der schnellen Flugpostübermittlung leicht verloren gehen, was z. B. regelmäßig eintritt, wenn das Flugzeug den Anschlag an die letzte Briefbestellung des Flugtags nicht mehr erreicht.

Einreise nach Polen. Es mehren sich die Fälle, daß Reisende mangels gültiger Dokumente von den polnischen Grenzbehörden an der Einreise nach Polen gehindert werden müssen. Das polnische Generalkonsulat gibt daher bekannt, daß zur Grenzüberquerung jeder Reisende mit einem gültigen Reisepaß sowie Visum eines polnischen Konsulats versehen sein muß. Anträge um Erzielung eines Visums zur Einreise nach Polen sind von den in Bayern (rechtsrheinisch), Baden, Württemberg und Oester (rechtsrheinisch) wohnenden Antragstellern an das polnische Generalkonsulat in München, Franz-Josefsstraße 16 I zu richten.

Selbsttötung. Aus Schwernut erhängte sich in der Zeit vom 24. auf 26. d. Mts. ein in der Nächst wohnender geschiedener Schreibgehilfe.

Schleichhandel. Am Samstag wurde ein Arbeiter von hier ertappt, als er Weizen, das er in Sulzbach auf gekauft hatte, im Schleichhandelswege hier weiter veräußern wollte. Der Arbeiter wurde festgenommen; das Weizen beschlagnahmt.

Einleidungsfall. In einem Hause der Strickstraße wurden durch Einsteigen in eine Parterwohnung am 26. ds. Mts. zwischen 9 und 10 Uhr abends eine Damenjacke, ein schwarzes und ein grauer Herrenwintermantel im Werte von 1700 Mark sowie 12 Messer mit Beigriffen durch unbekannt Tater entwendet.

**Veranstaltungen.**

Klein- und Viebesorden. Auf den heute abend 8 Uhr im Eintrachtshaus stattfindenden Nieder- und Orientsabend der jungen Kolonator-Soubrette Marla Schülele mit ihrer Geliebten Elise Schülele Saumann am Samstag sei an dieser Stelle nochmals aufmerksam gemacht. Karten in der Musikantenbandlung des Müller und an der Abendkasse.

**Letzte Nachrichten.**

**Tagung der Rheinkommission.**

Strasbourg, 27. Febr. Die Tagung der Rheinkommission ist im Rheinland-Palast (dem früheren Stallhalterpalais) eröffnet worden. Vertreter sind Deutschland, Belgien, Holland, Frankreich, England, Italien und die Schweiz. Die Verhandlungen sollen bis zum 4. März dauern. Die Kommission wird sich vor allem mit der Abänderung der Mannheimer Akte von 1863 und mit den Kaiserarbeiten gemäß Artikel 368 des Friedensvertrages befassen.

Bestimmung des Zustandes der früheren Kaiserin. (Eigener Drahtbericht.)

e. Amsterdam, 28. Febr. Nach Mitteilungen aus Doorn melden die Blätter, die Kräfte der früheren Kaiserin seien jetzt völlig erschöpft, so daß die Ermattung das Ende erwarten ließe. Die Herzogin von Braunschweig weilt dauernd am Krankenlager ihrer Mutter. Auch der Kronprinz ist nach Doorn gekommen.

**Keine Neumahlen in Italien.**

(Eigener Drahtbericht.)

e. Mailand, 28. Febr. Wie der römische Mitarbeiter der „Stampa“ berichtet, entbehren die Wahlen von unmittelbarer bevorstehenden Neuwahlen in Italien der Begründung. Die Regierung Giolitti sei entschlossen, die jetzige Kammer so lange wie möglich fortzubehalten zu lassen. Nur unvorhergesehene Ueberraschungen könnten den Ministerpräsidenten zur Auflösung der Kammer veranlassen. Der parlamentarischen Erziehung Giolittis dürfte es auch gelingen, die Klippen der Geistesstärke zu umschiffen.

**Irland.**

(Eigener Drahtbericht.)

e. London, 28. Febr. Bei Macrom in der Grafschaft Cork fand ein längeres Gefecht zwischen 300 bewaffneten Iren und 70 englischen Polizisten statt, wobei drei Polizisten getötet und eine Anzahl verletzt wurde, so daß sich die Polizei zurückziehen mußte. Feht hat man Militär gegen die Iren angeboten, die sich verhalten haben.

Annahme des Einwanderungsgesetzes in Amerika.

Washington, 27. Febr. Das Repräsentantenhaus hat das vom Senat bewilligte Einwanderungsgesetz angenommen. Danach ist vom 1. April an für die Dauer von 15 Monaten die Zahl der Einwanderer einer jeden Nation

auf 3 Prozent der Auswanderer gleicher Nationalität festgesetzt, die zur Zeit der Volkszählung von 1910 sich in den Vereinigten Staaten niedergelassen hatten.

**Roosevelt jun.**

London, 27. Febr. Wie aus St. Augustin in Florida berichtet wird, wurde Theodor Roosevelt, der Sohn des ehemaligen Präsidenten, zum Gehilfen des Marine-sekretärs ernannt.

b. Berlin, 28. Febr. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Bund der Kriegesbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen veranstaltet gestern an vielen Orten des Reiches Demonstrationen. In Berlin kam es dabei während des Zuges von 12000 Menschen zu Zusammenstößen und Zwischenfällen. So daß schließlich die Sicherheitspolizei einschreiten mußte, die die Ruhe wieder herstellte.

m. Berlin, 26. Febr. (Eig. Drahtbericht.) In einer Pariser Meldung vom 18. Februar über die Regelung des Aufenthalts von Fremden in Frankreich und über die Notwendigkeit der Festsetzung einer Ausweisstärke wird gesagt, daß Fremde gewisser Klassen z. B. Jollaganten, Vertreter von Transportgesellschaften, Hoteliers, Besitzer und Geschäftsführer von Zeitungen u. a. ohne Genehmigung der französischen Regierung zugelassen werden. Es sollte richtig heißen, daß Angehörige dieser Kategorien ohne besondere Genehmigung der französischen Regierung zur Erfüllung ihres Berufes nicht zugelassen seien.

m. Saarbrücken, 27. Febr. Anlässlich seiner Wiederernennung zum Präsidenten der Regierungskommission für das Saargebiet hat Raull beim Präf. der franz. Republik veranlaßt, daß von 50 Gnabengehenden für solche Personen, die anlässlich der Strafverurteilung vom Oktober 1919 an schweren Strafen verurteilt worden waren, 40 freigegeben wurden, und zwar wurde bei 34 Personen, die zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, die Strafe ganz erlassen und bei sechs die erkannten Strafen bedeutend herabgesetzt.

m. Wien, 27. Febr. Bei der Zollkasse der Ostbahn wurden Interkalkulationen eines Bahnbeamten entdeckt, der während zweier Jahre 16 Millionen Kronen veruntreute. Der Betrüger, ein 44jähriger Bahnadjuvant, stellte sich der Behörde.

m. Paris, 27. Febr. In dem Prozeß wegen des griechischen Anschlages auf Venizelos lautete das Urteil gegen die beiden angeklagten griechischen Offiziere Terepis und Xaratis auf je 5 Jahre Zuchthaus wegen Mordversuchs.

e. London, 28. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Aus Warschau meldet man dem „Temps“, daß dort alle Regierungsbüros von einer internationalen Garde bewacht würden, die 2000 Mann betrage und die aus Deutschen, Ungarn, Italienern, Franzosen und Engländern bestehe. Die letzteren bilden das Offizierkorps der Truppe.

**Vom Wetter.**

**Wetterbericht.**

Von Nordeuropa dringt ein ausgedehntes Tiefdruckgebiet vor, unter dessen Herrschaft sich ein Witterungswechel vorbereitet. Der Wind weht nach Westen und frisch auf. Später ist Regen zu erwarten.

Voraussetzliche Witterung: Westliche aufsteigende Winde, trüb und neblig, später Regen, nachts milder.

Wiesbaden-Waldhunde morgens 6 Uhr:

28. Febr.	27. Febr.	
Finstertages	0,98 m	0,98 m
Mehl	1,17 m	1,21 m
Hazeln	2,76 m	2,77 m
		mittag 12 Uhr 2,77 m
		abends 6 Uhr 2,78 m
Mannheim	1,02 m	1,01 m

**Tagesanzeiger.**

Abend 8 Uhr: "Hinterbliebenen-Anzeiger".

Romian, 28. Februar.

Vandes-theater, "Der Evangelist". (Volksbühne J 6) 7 Uhr.

Colosseum, Barock, 8 Uhr.

Reinhold-bühne Rotte Hans. Vorstellung, 8 Uhr.

Weltneuere, Bayersches Hoftheater.

Central-bühne, Bierschank Maria Schülele und Elisabeth Gutmann, 8 Uhr.

**Chlorodont**

gegen Übeln Mundgeruch

**NILBASE**

PLECHTEN/HAUTLEIDEN/ÖFFENEN FOSSEN  
ALTEN WUNDEN/AUSSCHÜRGEN/TROCKENEN

Sehr scharf ab  
Der Apotheker  
RICH. SCHUBERT & CO. G.M.B.H.  
Weinbilla - Dresden

**Statt besonderer Anzeige.**

Heute vormittag 1 Uhr verschied nach schwerer Krankheit mein guter Mann

**Rudolf Neth**

Steuerassistent a. D.

Die trauernde Hinterbliebene:  
**Frau Elise Neth.**

Karlsruhe, den 27. Februar 1921.

Feuerbestattung am Dienstag, den 1. März, vormittags 11 Uhr.

Belanntmachung.

Die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie betr. Dieziehung der 2. Klasse der 17. Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie...

Stammholz-Versteigerung

Die Stadtgemeinde Ettlingen verkauert am Montag, den 7. März, vormittags, im Stadtwald...

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Schönbühl, Amt Ettlingen, verkauert am Donnerstag, den 3. März d. J., aus ihrem Gemeindefonds...

Am Mittwoch, den 2. März 1921, beginnt im Hotel Friedrichshof für längere und ältere Damen und Mädchen unter bewährter Leitung ein neunwöchiger...

Wiederaufnahme der Praxis am Montag, den 28. Februar Dr. Edwin Bloss

Belanntmachung.

Die Firma D. G. L. L. ...

3. Hand des Reichsarchivbuches

Dienestellen

Bezirksvertreter

Belanntmachung.

Das Geschäft...

Gartengelände

Färberei D. LASCH

AULA

Kochherde

Neue und gebrauchte, sehr billig zu verkaufen...

3. Band des Reichsarchivbuches

Färberei D. LASCH

AULA

Badisches Landestheater.

Montag, den 28. Februar, 7 bis gegen 10 Uhr 17. Volkshäuser Der Evangelist.

Schönstes und billigstes Konfirmations-Geschenk ein BUCH.

Färberei D. LASCH

AULA

Emser Wasser gegen Katarrhe

Frieda Wirth Karl Lenz Verlobte

Bienenhonig

Todes-Anzeige Frau Sophie Lotsch

Todes-Anzeige Emma Schmidt

Liebe, Diplomatie und Holzhäuser. Eine Weltanphantase von Ernst von Elisabeth von Seyling.

allerersten Firmen um die Lieferung von zerlegbaren Holzhäusern beworben, und bei dem Welt...

festen Position geschlagen, wenn es je hiesse, daß man anderswo als bei uns Holzhaus bestellen kann.

vermutlich die Regierung — denn es ist ein Volk, das in hohem Maße die gefährliche Gabe leichter...

(Vorfetzung folgt.)